

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Eva Bulling- Schröter, Lutz Heilmann, Hans-
Kurt Hill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

- Drucksache 16/3026 -

**Klares Signal für die Kyoto-II-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nai-
robi setzen**

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, auf der zweiten Konferenz der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls in Nairobi vom 6. bis 17. November 2006 ein klares Bekenntnis zu einer Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz abzugeben und sich zu einem nationalen Minderungsziel für Treibhausgasemissionen von mindestens 40 % bis 2020 zu bekennen sowie sich für die Einigung auf ein Minderungsziel der EU von 30 % bis 2020 gegenüber den Emissionen von 1990 einzusetzen.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP
gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 16/3026 – abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Reinhard Loske

I.

Der Antrag – Drucksache 16/3026 – wurde in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II.

Auf der zweiten Konferenz der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls in Nairobi vom 6. bis 17. November 2006 müssen substantielle Fortschritte bei den Verhandlungen um die Fortentwicklung des Protokolls („Kyoto-II“) gemacht werden. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung daher insbesondere aufgefordert werden,

1. in Nairobi ein klares Bekenntnis zu einer Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz zu verkünden und dies durch konkrete Maßnahmen zu untermauern;
2. eine deutlich anspruchsvollere Zielsetzung für die zweite Phase des Emissionshandels (2008 bis 2012) von unter 470 Mio. Tonnen Kohlendioxid-Emissionen festzulegen;
3. sich dazu zu verpflichten, die nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 zu reduzieren;
4. sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die Einigung auf ein Minde-
rungsziel der EU von 30 % bis 2020 gegenüber den Emissionen von 1990 einzusetzen.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner Sitzung am 28. Februar 2007 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU vertrat die Auffassung, dass sich die mit dem Antrag intendierte Aufforderung der Bundesregierung eindeutig auf die UN-Klimakonferenz in Nairobi beziehe, die bereits vom 6. bis 17. November 2006 stattgefunden habe. Einem durch Zeitablauf erledigten Antrag könne man nicht zustimmen, auch wenn zumindest einige Themen aktuell geblieben seien. In Nairobi habe es kleine Fortschritte gegeben. Die Bundesregierung müsse nun im Rahmen der G-8 und EU-Präsidentschaft das Thema Klimaschutz weiter forcieren. Der Bundesumweltminister habe in Nairobi Positionen vertreten, auf die der Antrag abgezielt habe. Dies betreffe insbesondere die Reduzierung nationaler Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 und die Einigung auf ein Minderungsziel der EU von 30 % bis 2020 gegenüber 1990.

Die Fraktion der SPD teilte die Ansicht, dass der Antrag einzelne Positionen enthalte, die von der Bundesregierung ohnehin in Nairobi vertreten worden seien. Deutschland habe auf dem Gebiet des Klimaschutzes eine Vorreiterrolle eingenommen.

Die Fraktion der FDP hob hervor, die Erledigung des Antrags sei einzig und allein darauf zurückzuführen, dass dieser von den Antragstellern zu spät eingebracht worden sei. Die Vorlage sei aber auch aus inhaltlichen Gründen, insbesondere wegen der Position zu den Clean Development Mechanism (CDM), nicht zustimmungsfähig.

Die Fraktion DIE LINKE. trat der Auffassung entgegen, der Antrag sei überholt. Zwar sei in Nairobi über Emissionsminderungsziele gesprochen worden, jedoch stehe eine Verpflichtung der Bundesregierung, die nationalen Treibhausgasemission bis 2020 um 40 % unabhängig von einer Koppelung an EU-Minderungszielen aus. Wichtig sei, die Zahlungen in den Fond zur Unterstützung der Teilnahme von Delegationsmitgliedern aus den ärmsten und von dem Klimawandel besonders betroffenen Ländern zu verdoppeln.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies auf ihren Antrag „Für eine radikale und konsequente Klimapolitik“ auf Drucksache 16/3283 und erklärte, sie stimme beiden Anträgen zu.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf – Drucksache 16/3026 – abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter